

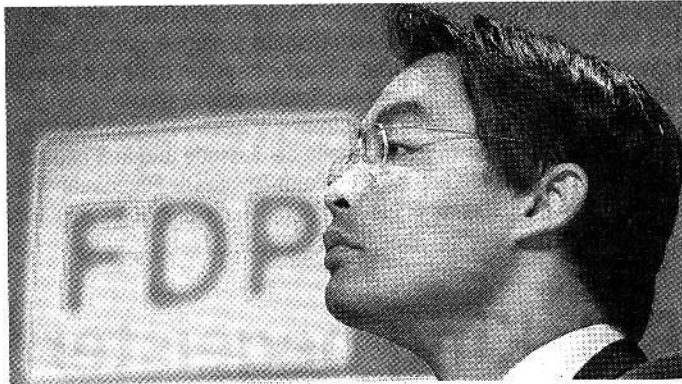
# Zweifel an der Energiewende RN 18.07.12

Auch Wirtschaftsminister Rösler schließt nach Altmaier-Vorstoß Änderungen nicht mehr aus

**BERLIN.** Gut ein Jahr nach den Energiewende-Beschlüssen wachsen bei Schwarz-Gelb die Zweifel. Erst stellt Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) in Frage, ob das Ziel, bis 2020 zehn Prozent des Stromverbrauchs einzusparen, noch erreichbar ist. Nun zieht Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) nach – und schließt Änderungen bei der Umsetzung der Beschlüsse nicht mehr aus.

„Die Zeitachse und die Ziele für die Energiewende stehen. Aber wir müssen nachsteuern, wenn Jobs und unsere Wettbewerbsfähigkeit bedroht sein sollten“, sieht der FDP-Vorsitzende möglichen Handlungsbedarf. Entscheidender Grund für absehbar höhere Strompreise sei die ausufernde Förderung erneuerbarer Energie, warnt man im Umfeld des Vizekanzlers insbesondere vor Belastungen für den Mittelstand.

Geht es nach der FDP, gehört das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) schnellstens auf den Prüfstand. Eine



**Philipp Rösler (FDP) will das Erneuerbare-Energien-Gesetz auf den Prüfstand stellen.**

Foto dpa

Arbeitsgruppe der Liberalen erarbeitet in Röslers Auftrag Vorschläge. Auch Umweltminister Altmaier ist grundsätzlich offen für weitere Einschnitte beim EEG. Auffällig: Der Merkel-Vertraute lässt wie Rösler keine Gelegenheit aus, die Bezahlbarkeit bei der Energiewende in den Mittelpunkt zu stellen. Das Thema will CDU-Mann Altmaier jedenfalls keinesfalls Rösler und der FDP überlassen.

Schon jetzt wird in der Koalition mit weiteren Hiobs-

botschaften in Sachen Energiewende gerechnet, wenn im Herbst neue Zahlen zur Entwicklung der EEG-Umlage öffentlich gemacht werden. In Koalitionskreisen geht man bereits von einem Anstieg von derzeit etwa 3,6 Cent auf bis zu 5,6 Cent je Kilowattstunde aus. Spätestens dann müssten Rösler und Altmaier einräumen, dass ein weiteres Ziel bei der Energiewende verfehlt wird. Kanzlerin Angela Merkel hatte in Aussicht gestellt, dass die Ökostrom-Um-

lage nicht deutlich über 3,5 Cent steigen solle.

Was tun? Bisher plant die Regierung keinen neuen Energiegipfel, doch könnte sich das schon bald ändern. Die Opposition sieht jedenfalls eine große Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der schwarz-gelben Energiepolitik. „An der Frage der Energiekosten entscheidet sich, ob Deutschland ein neues Erfolgskapitel der Industriegeschichte schreibt“, mahnt SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann. Unzufriedenheit auch bei den Grünen, die scharfe Kritik an neuen Regierungsplänen zur Reform der Stromsteuer-Ausnahmen für die Industrie üben. Nach einem gestern bekannt gewordenen Entwurf der Bundesregierung können rund 25 000 energieintensive Betriebe weiter mit Stromsteuer-Rabatten rechnen. Voraussetzung ist, dass sie ab 2015 jährlich 1,3 Prozent Energie einsparen. „Zulasch“, heißt es dazu bei den Grünen. Rasmus Buchsteiner